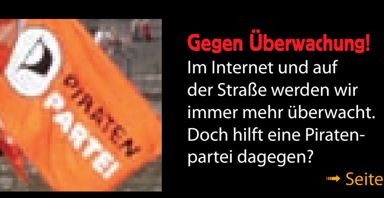
ich-bin-sauarm-Preis: €0,20;
mir-geht-es-nicht-schlecht-Preis: €1;
meine-Eltern-haben-Mercedes-Aktien-Preis: €100;

★ unabhängige Jugendorganisation ★ Nummer 36 ★ Sondernummer zur Bundestagswahl ★ September 2009 ★

www.REVOLUTION.de.com

Freiheit für Afghanistan!
Seit acht Jahren kämpft die Bundeswehr am Hindukusch für „Demokratie" und „Menschenrechte". Worum geht es wirklich?
➞ Seite 3



Gegen Überwachung!
Im Internet und auf der Straße werden wir immer mehr überwacht. Doch hilft eine Piratenpartei dagegen?
➞ Seite 2



Schluss mit dem politischen Puppentheater:

Eure Krise zahlen wir nicht!

Haben wir eine Wahl?

Am 27. September 2009 wählt die BRD wieder ihren Bundestag. Dieser Urnengang könnte als die langweiligste Abstimmung der deutschen Geschichte in die Annalen eingehen. Trotz Weltwirtschaftskrise und Eskalation im Afghanistankrieg gibt es unter den beiden großen „Volksparteien" in Deutschland wenige wirklich kontroverse Themen. Die einzige Frage, die noch am Wahlabend geklärt werden muss, ist, ob Angela Merkels CDU mit der FDP regieren kann oder ob sie wieder eine große Koalition mit der SPD schmieden muss.

Wenn sich die politische Großwetterlage in Deutschland im nächsten Monat nicht massiv verändert, steht eben jener SPD der deftigste Stimmenverlust einer Partei, seitdem es Bundestagswahlen gibt, bevor. Dieser Niedergang der etablierten Sozialdemokratie ist kein auf Deutschland beschränktes Phänomen. In allen europäischen Ländern, in denen die Sozialdemokratie seit dem Ende des Kalten Krieges längere Zeit die Regierung innehatte, sind ähnliche Tendenzen zu beobachten. Die Hauptursache für diese Entwicklung ist die stark vorangeschrittene Entfremdung der Parteibasis, die hauptsächlich aus lohnabhängig Beschäftigten und Arbeitslosen besteht, von ihrer Parteiführung, die offen pro-bürgerlich ist.

Die Sozialdemokratie trägt für viele Gesetze die Verantwortung, die ArbeiterInnenrechte zerstören, um den verschärften kapitalistischen Konkurrenzbedingungen auf dem Weltmarkt Rechnung zu tragen. In Deutschland gilt die „Agenda 2010" mit ihren „Hartz-Gesetzen" – geschrieben vom aktuellen SPD Kanzlerkandidaten und Außenminister Frank-Walter Steinmeier – mittlerweile als Synonym für die anti-soziale Politik der SPD.

Doch nicht nur soziale Rechte wurden in den letzten vier Jahren systematisch von den Regierenden abgebaut. Mit „Onlineüberwachung" und Zensurgesetzen fallen auch Privatsphäre und Datenschutz dem Staatsapparat zum Opfer. Als Reaktion darauf gründeten NetzaktivistInnen die „Piratenpartei", eine BürgerInneninitiative mit Parteienstatus, die sich zum Ziel gesetzt hat, das Recht auf informelle Selbstbestimmung wiederherzustellen. Die Partei bleibt dabei jedoch programmatisch ausschließlich auf ihr Lieblingsthemengebiet beschränkt; Eine politische Perspektive für die VerliererInnen der Krise kann sie nicht bieten. Dabei sind die Reallöhne dramatisch gesunken, Arbeitsplatzvernichtung, Mehrarbeit und Prekarisierung haben massiv zugenommen und Ausbildungsplätze schwinden weiter.

Für die Zeit nach der Bundestagswahl stehen uns weitere weitgehende Angriffe der Herrschenden ins Haus. Zur Finanzierung der Bankenrettungspakete wird wahrscheinlich die Mehrwertsteuer angehoben und im Bildungsbereich gekürzt werden. Das staatliche Kurzarbeitergeld läuft genauso wie die Abwrackprämie zum Jahresende hin aus. Damit wurde die massive Entlassungswelle auf die Zeit nach der Bundestagswahl verschoben. Die offizielle (und stark geschönte) Arbeitslosenstatistik wird voraussichtlich im Laufe des nächsten Jahres die Grenze von fünf Millionen überschreiten.

Diese und andere Angriffe werden kommen, egal wie die Wahl am 27. September ausgeht. Deshalb haben wir nur die Wahl die Verschlechterungen zu aktzeptieren oder **uns zu organisieren und dagegen zu wehren.**

Eine linke Hoffnung?

Die Linkspartei betreibt gerade Opposition, aber sie will auch in die Regierung

Die Linkspartei ist die einzige relevante Partei in Deutschland, die für eine Rücknahme der „Hartz-Gesetze" und für den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan eintritt. Gleichzeitig wirbt sie im aktuellen Wahlkampf mit Losungen wie „Reichtum für alle!" (aber gleichzeitig auch „Reichtum besteuern!") und „Mindestlohn – gerade jetzt". Das sind Forderungen, die sich nicht nur optisch vom rhetorischen Einheitsbrei à la „Wir haben die Kraft" oder „Anpacken für unser Land" der anderen Parteien abheben.

Wie in vielen anderen Ländern auch ist in Deutschland durch die Krise der „klassischen" Sozialdemokratie mittlerweile Platz für eine zweite Partei mit dem Anspruch, soziale Gerechtigkeit zu schaffen, im Parteiensystem entstanden. Mit „Die Linke" gibt es seit 2007 ein Fusionsprodukt aus der SPD-Abspaltung WASG und der aus der ehemaligen DDR-Staatspartei SED hervorgegangenen PDS.

„Die Linke" steht in der öffentlichen Wahrnehmung im Moment relativ unterschiedlich da. Während die bürgerlichen Massenmedien die Partei verteufeln und die PolitikerInnen der anderen Parteien eine Zusammenarbeit mit der Linkspartei auf Bundesebene wegen ihres angeblichen „Populismus" ausschließen, mischt die Partei auf Landes- und Kommunalebene bereits in vollem Umfang im bürgerlichen Politikbetrieb mit. Sie schickt sich an, nach den Landtagswahlen vom 30. August so manches Regierungsamt gemeinsam mit der SPD zu übernehmen.

Die Unterstützung

Bei der letzten Bundestagswahl 2005 unterstützten wir von der unabhängigen Jugendorganisation REVOLUTION „Die Linke" kritisch. Die Wahlunterstützung war eine taktische Maßnahme: Ziel war es, den Menschen, die aus Ablehnung der damaligen Schröder-Regierung Hoffnungen in die entstehende Linkspartei hatten, Gelegenheit zu geben, ihre Hoffnungen in der Realität zu überprüfen. Wir wiesen schon damals darauf hin, dass „Die Linke" aufgrund ihres bürgerlichen – das heißt nur auf Veränderungen im bestehenden kapitalistischen Systems setzenden – Programms und ihrer sozialdemokratischen Führung die Hoffnungen der Menschen enttäuschen würde.

Obwohl die Partei bis heute keine Regierungsverantwortung auf Bundesebene übernehmen konnte, ist bei ihr mittlerweile ein ähnlicher Abnutzungsprozess zu beobachten wie bei der SPD. Die Partei wird in der breiten Öffentlichkeit nicht mehr so sehr als Stimme des Protestes wahrgenommen. Sie war als Regierungspartei in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern selbst jahrelang für Sozialabbau und staatliche Repression auf Länderebene verantwortlich. Bei der Bundestagswahl im September kann sie, wenn die Prognosen recht behalten, nur mit einem sehr geringem Stimmenzuwachs rechnen. Die Verluste der SPD landen nur noch zu einem kleinen Teil bei „Die Linke".

Die Hoffnungen

Es gibt aber immer noch Menschen, die Hoffnungen in die Linkspartei haben (insbesondere in den Teilen Westdeutschlands, in denen die Partei noch nicht so stark in das herrschende Parteienspektrum eingebaut ist wie in Ostdeutschland). Diese Menschen hoffen, in „Die Linke" endlich eine politische Kraft gefunden zu haben, die aktiv gegen den Bundeswehreinsatz in Afghanistan oder gegen das dreigliedrige Schulsystem ankämpft.

Doch auch fast acht Jahre „linke" kapitalistische Regierungspolitik in Berlin haben sich als nicht sozial gerechter herausgestellt als offen bürgerliche. Uns ist klar, dass sich viele Mitglieder der Linkspartei in Opposition zur Politik der „RegierungssozialistInnen" (z.B. in Berlin) befinden. Wir als revolutionäre Gruppe werden auch weiterhin mit Gliederungen der Linkspartei (wie dem Studierendenverband Linke.SDS und der Jugendorganisation Linksjugend-Solid) zusammenarbeiten, etwa beim bundesweiten Bildungsstreik.

Aber wir halten es nicht für möglich, dass die Linkspartei sich kurz- oder längerfristig von einer reformistischen in eine revolutionäre Partei verwandeln lässt. Notwendig ist eine vom Staat unabhängige, marxistische ArbeiterInnenpartei.

➞ *von Carsten, Revo Berlin*

• Marionetten von John Heartfield

Die Grafik mit den Marionetten ist eine Anspielung auf John Heartfield, den kommunistischen Fotomontagekünstler, der schon mal Hitler als Spielzeug in den Händen des Großindustriellen Fritz Thyssen darstellte. Es ist klar, dass die Politik in Deutschland nicht von einem einzelnen Kapitalisten diktiert wird sondern von der KapitalistInnenklasse in ihrer Gesamtheit und von den in ihrem Dienst stehenden Institutionen des Staates. Deswegen sind die zwölf größten Konzerne der BRD auf den Händen oben verzeichnet als Ausdruck der Herrschaft des Kapitals über diese Gesellschaft.



Lafontaine und Gysi von der Linken wollen auch mitspielen

Alle Parteien fordern jetzt bessere Bildung

„Wachstum durch Bildung" (Grüne) und „Weil gute und kostenlose Bildung ein Recht ist" (SPD) sind Parolen, die PolitikerInnen normalerweise nicht so oft von sich hören lassen. Ganz anders ist das allerdings in Wahlkampfzeiten, in denen jede der großen Parteien am Besten weiß, dass Bildung so unglaublich wichtig ist, und ihr „bildungspolitisches Profil" stärken will.

Wie das dann nach der Wahl aussieht, kennt mensch ja: Klassen vergrößern, keine neuen LehrerInnen einstellen, Studiengebühren einführen, Eliteförderung ausbauen, Privatisierungen vorantreiben und so weiter. Zusammengefasst: kürzen wo es nur geht!

Die Parteien scheinen vergessen zu haben, was sie in der letzten Legislaturperiode an Reformen umgesetzt haben. Dass sich dagegen zunehmend Widerstand regt, wurde vor allem beim bundesweiten Bildungsstreik am 17. Juni sichtbar, als über 250.000 SchülerInnen und StudentInnen für bessere Bildung auf die Straße gingen. In diesem Sinne ist es wichtig, nicht auf die „Reformmärchen" der Politik hereinzufallen, sondern den Widerstand auf der Straße zu stärken, in dem wir uns in jeder Schule und Uni organisieren.

→ *von Felix, Revo Berlin*

Was tun gegen Nazis im Wahlkampf?

Spätestens seit dem Zerbrechen des „Deutschlandpakts" zwischen den rechtsextremen Parteien NPD und DVU und seit den Finanzskandalen um die NPD hört mensch immer wieder, dass die extreme Rechte bei der Bundestagswahl eine herbe Niederlage einfahren wird und dass sowieso der Rechtsextremismus in Deutschland der Vergangenheit angehört.

Es ist richtig, dass die NPD und erst recht die DVU wahrscheinlich nicht in den Bundestag einziehen werden. Aber sie werden wieder durch die Wahlkampfkostenerstattung Geld für ihren rassistischen, faschistischen Wahlkampf bekommen und außerdem werden sich die rechtsextremen Parteien im Wahlkampf weiter profilieren.

Auch wenn die NPD es nicht in den Bundestag schafft, so wird doch in Zeiten von Wirtschaftskrise und salonfähigem Antikapitalismus, den betrügerisch auch das rechtsextreme Lager propagiert, rechtsextremes Gedankengut weiter Fuß fassen können. Früher oder später wird eine faschistische Partei dies in WählerInnenstimmen ummünzen können.

Doch FaschistInnen agieren nicht nur in den Parlamenten: Sie nutzen auch in Zeiten von Wahlkampf die Straße verstärkt als Raum, um ihr Programm den Menschen nahe zu bringen. Wer sich dem in den Weg stellt wird zusammengeschlagen oder sogar ermordet.

Nazis im Wahlkampf bedeutet für revolutionäre KommunistInnen ARBEIT, ARBEIT und noch mehr ARBEIT. Denn der Faschismus muss als das entlarvt werden, was er ist, nämlich das letzte Ass des Kapitals, wenn gesellschaftliche Krisen sich zuspitzen. Gerade deswegen müssen ArbeiterInnen, MigrantInnen und linke Jugendliche massenhaft gegen Faschismus mobilisiert werden.

→ *von Franz, Revo Berlin*

Sterben die Sozis aus?

Über die nie endende Krise der Sozialdemokratie – wer wählt sie überhaupt noch?

„Zeit, dass Arbeit nicht mehr arm macht." So heißt es auf einem der Wahlplakate der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der SPD, für die Bundestagswahl 2009. Es ist also Zeit dafür. Aber worauf hat die SPD denn gewartet? Seit 1998 sitzt die Sozialdemokratie in der Regierung, steuert die Missgeschicke der BRD. Seitdem hat sie versucht jeden möglichen Angriff, und sei er noch so klein, gegen die deutsche ArbeiterInnenklasse zu führen und war damit auch ziemlich erfolgreich: Hartz IV, Rente mit 67, Agenda 2010, um nur die bekanntesten zu nennen. Spielte sie den KapitalistInnen damit zwar in die Hände, so verzockte sie es sich jedoch bei ihrer WählerInnenschaft. 1998 gewann die SPD noch 38,5% aller Stimmen – jetzt liegt sie in Wahlprognosen bei 21-23%. Auch sonst ging es mit der ehemals so starken Sozialdemokratie vor allem abwärts.

Der Niedergang

Auf dem Höhepunkt ihrer Stärke, 1976, hatte die SPD knapp eine Million Mitglieder. Heute besitzt die SPD 519.000 Mitglieder (davon sind nur ca. 30% weiblich). Kaum eine andere Partei hat in so kurzer Zeit so viele Mitglieder verloren.

Die Partei, die sich zumindest in ihren Anfängen auf die Fahnen schrieb, den bürgerlichen Staat überwinden zu wollen, ist inzwischen stark von diesem abhängig. 39% der Einnahmen der SPD kommen direkt aus staatlichen Geldern (Fördergelder und Mandatsträgerinnen). Es ist daher das materielle Interesse der SPD, sozialpartnerschaftlich zwischen den Klassen zu verhandeln um so die eigene Position aufrecht zu erhalten. Dies scheint allerdings immer weniger durchsetzbar zu sein. Nicht nur, dass der SPD die Mitglieder davonlaufen, zusätzlich ist sie nicht dazu in der Lage, junge Menschen in die Politik, insbesondere in die Parteiarbeit, einzubinden. Die Partei altert mehr und mehr; die einzigen, die der SPD die Treue halten, sind TraditionalistInnen und Menschen, die zu privilegierten Schichten der ArbeiterInnenklasse gehören.

Die Gewerkschaften

Gleichzeitig besitzt sie immer noch einen überraschend großen Einfluss auf die organisierte ArbeiterInnenbewegung (d.h. Gewerkschaften und Betriebsräte). Dies kann unter anderem dadurch erklärt werden, dass bis zum Aufkommen der Linkspartei breite ArbeiterInnenschichten keine relevante Alternative zur SPD sahen. Noch bei den letzten Bundestagswahlen wählten fast die Hälfte aller GewerkschafterInnen die SPD, 1998 sogar 59%. Dies ist eine Folge der Tatsache, dass 59,9% aller SPD Mitglieder im derzeitigen Bundestag und ein Drittel aller SPD-Mitglieder gleichzeitig auch Mitglied einer Gewerkschaft sind. Eine Doppelmitgliedschaft, in SPD und einer Gewerkschaft gleichzeitig, tritt umso häufiger auf, je höher die Stellung in der Gewerkschaftsbürokratie bzw. Partei ist. All diese Personen nutzen ihren Einfluss auf Gewerkschaft bzw. SPD und wirken verbindend auf beide Gruppierungen ein.

Sensationeller Schnappschuß: ALLE SPD-WÄHLER AUF EINEM BILD!

Doch bereits 2005 schätzte die Süddeutsche Zeitung, dass ein Fünftel der GewerkschafterInnen auf Seiten der Linkspartei stehen. Sie gewinnt vor allem die sozial abhängigen Schichten der ArbeiterInnenklasse und Menschen, die in der Gewerkschaftsbürokratie deutlich niedriger stehen. SPD und Linkspartei spiegeln also eindeutig andere soziale Milieus innerhalb der ArbeiterInnenklasse wider.

Daraus sind mehrere Dinge zu schließen. Nach jahrelanger Sozialabbaupolitik hat die SPD das Vertrauen in der ArbeiterInnenklasse bzw. der organisierten ArbeiterInnenbewegung größtenteils verspielt. Derzeit scheint es so, als würden SPD und Linkspartei sich in der nächsten Zeit um die Führung innerhalb der organisierten ArbeiterInnenbewegung kämpfen; als rechter bzw. linker Flügel des sozialdemokratischen Spektrums. Die gegenwärtigen Diskussionen zwischen Linkspartei- und SPD-Flügel machen es einfacher, eine Drittposition einzubringen. Dies betrifft sowohl die Arbeit in den Gewerkschaften als auch Diskussionen mit ArbeiterInnen insgesamt.

Mit der Krise der SPD geht aber auch eine Krise der Sozialdemokratie insgesamt einher. Zusammen erreichen SPD und Linkspartei derzeit gerade einmal 31%. Es lässt sich ein allgemeiner Vertrauensverlust in die Sozialdemokratie wie in den bürgerlichen Staat erkennen. Es ist für die radikale Linke durchaus möglich, eine revolutionäre Antwort auf die Frage nach einer neuen Kraft, an Stelle der Sozialdemokratie, zu geben. Die objektiven Bedingungen haben sich für revolutionäre Kräfte verändert; Nun liegt es daran, dies für sich zu nutzen.

→ *von Johannes, Revo und RSO Berlin*

→ *einen ausführlichen Artikel zur Analyse der SPD gibt es auf unserer Homepage*

Gegen Überwachung!

Wir werden immer mehr überwacht – doch helfen PiratInnen dagegen?

Sie wollen die immer stärkere staatliche Überwachung bekämpfen, das Urheberrecht komplett umkrempeln und sich für eine demokratischere Gesellschaft einsetzen: Die PiratInnen haben sich also hehre Ziele gesetzt und befinden sich damit aktuell auch auf Erfolgskurs. Aber werden sie ihr Programm auch durchsetzen können?

Seit die Partei 2006 in Schweden und kurz darauf auch in Deutschland gegründet wurde, hat sie einen rasanten Aufstieg hinter sich. Die „Piratpartiet" ist mit 43.000 Mitgliedern mittlerweile die drittgrößte Partei Schwedens. Und auch in Deutschland hat sie einen beachtlichen Sprung gemacht: Insbesondere die Einführung der Internet-Zensurmaßnahmen durch die große Koalition aber auch die Debatte um „Killerspiele" ließen die Basis der Partei von knapp 1.000 auf rund 6.000 Mitglieder anwachsen. Zur Bundestagswahl wird sie diesmal gleich in 15 Bundesländern antreten können. Beim sozialen Netzwerk StudiVZ haben sich im Rahmen des Online-Wahlkampfs mittlerweile knapp 60.000 NutzerInnen für die Piratenpartei ausgesprochen. Damit ist sie mit riesigem Abstand vor SPD, CDU & Co die beliebteste Partei innerhalb der Online-Community.

Unverständlich ist das nicht. Immerhin haben junge Menschen heute allen Grund, den etablierten Parteien zu misstrauen und sich nach einer Alternative umzuschauen. Die sehr speziellen Forderungen der PiratInnen bieten dafür einen gewissen Ansatzpunkt: Sie bemängeln völlig zu Recht, dass das Potenzial neuer Technologien aus Profitgründen nicht genutzt wird. Gleichzeitig missbraucht der Staat die neuen Möglichkeiten für immer mehr Überwachung - dabei sehen viele im Internet eher die Chance, mehr demokratische Mitbestimmung zu ermöglichen.

Diese grundsätzlichen Widersprüche lassen sich jedoch innerhalb des Kapitalismus nicht beseitigen. Der allumfassende Zwang zur Profitmaximierung schließt einen kostenlosen Zugang zu Wissen aus. Dieses Wissen soll immer gewinnbringend verwertet werden. Dass der Staat seinen Überwachungsapparat immer weiter aufrüstet, ist auch kein Zufall – schließlich muss er gerade in Zeiten zunehmender Unzufriedenheit und sozialer Spannungen seine (potenziellen) politischen GegnerInnen in Schach halten.

Statt jedoch den Kapitalismus als Grundproblem anzugreifen, hofft die Piratenpartei, auf parlamentarischem Weg echte Veränderungen durchsetzen zu können. Dadurch stellt sie letztlich auch keine echte Alternative gegenüber den großen Parteien dar.

Trotz interessanter Ansätze, wie Basisdemokratie und transparenter Kommunikation, wird sie sich stattdessen eher in das vorhandene Spektrum der bürgerlichen Parteien einfügen. In Thüringen kooperieren die PiratInnen im Vorfeld der Landtagswahlen bereits jetzt mit den Grünen. In einem gemeinsamen Statement fordern sie u.a. „Mehr Streifenpolizei statt Überwachungskameras" - als ob Bespitzelung durch die Polizei keine Überwachung wäre.

Bisher beharrt die Piratenpartei gerne darauf, „weder rechts noch links" zu sein. Aber gerade wenn sie es in den Bundestag schafft, wird sie früher oder später auch zu anderen Themen Stellung beziehen müssen. Und dann wird es für so mancheN PiratIn angesichts der wirtschaftsliberalen Vorstellungen der Parteiführung vielleicht ein böses Erwachen geben.

Statt der „freien Märkte", die bereits jetzt auf der Piraten-Agenda stehen, bräuchte es eine freie sozialistische Gesellschaft, in der für die Bedürfnisse der Menschen und nicht für Profite gewirtschaftet wird. Dann können Kunst, Kultur und Wissen bedingungslos allen Menschen zur Verfügung gestellt werden.

→ *von Tom, Revo Berlin (und Informatikstudent)*

PiratInnen an der Spree: Werden sie den Bundestag entern?

Eine sozialistische Antwort auf Copyright...

Als MarxistInnen treten wir auch für den freien Zugang zu Wissen und Kunst ein. Denn Copyrights, Patentrechte usw. führen nicht nur zur Verfolgung von DownloaderInnen – gerade in ärmeren Ländern bedeuten sie, dass Menschen keinen Zugang zu notwendigen (und vorhandenen, jedoch nicht bezahlbaren) Medikamenten bekommen.

Bisher ist das Konzept des „geistigen Eigentums" aber vor allem eine riesige Geldquelle für Medien- und Pharmakonzerne, auf die diese Unternehmen niemals freiwillig verzichten werden. Im Interesse der KünstlerInnen und KonsumentInnen (und letztlich der ganzen Gesellschaft) sollten sie enteignet werden. Dann können Bücher, Filme, Musik ebenso wie wissenschaftliche Texte, Medikamente usw. allen gleichermaßen zu Gute kommen.

Gerade beim Thema Copyright stellt sich außerdem die Frage, wie KünstlerInnen entlohnt werden sollen. Heutzutage bleibt ihnen meist nichts anderes übrig, als sich an Medienunternehmen zu verkaufen oder ihre Kunst nur als Hobby zu betreiben. In einer sozialistischen Gesellschaft kann die notwendige Arbeit dagegen so verteilt werden, dass jedeR einzelne wesentlich mehr Freizeit hat als heute. Gleichzeitig kann künstlerisches Schaffen als ebenfalls wichtige Tätigkeit von der gesamten Gesellschaft unterstützt und gefördert werden.

Freiheit für Afghanistan!

Seit acht Jahren sind westliche Truppen in Afghanistan – was machen sie eigentlich dort?

Eine Kolonie mit Wahlen? Gibt es sowas? Ja, das gibt es, wie derzeit Afghanistan beweist. Dort war die Bevölkerung aufgerufen, am 20. August 2009 Leib und Leben zu riskieren beim Urnengang für die „Wahl" zum afghanischen Präsidentenamt. Weder der bisherige NATO-Statthalter Hamid Karzai noch Bewerber Abdullah Abdullah schaffen es wohl auf die nötigen 50% der Stimmen. So wird es wohl einen zweiten Wahlgang geben, ohne Frage auch mit massiver Wahlfälschung. Aber die afghanische „Demokratie" funktioniert maßgeblich über Stammesloyalitäten, d.h. wer WählerInnen haben will, muss die Führer der Clans auf seine Seite ziehen. Diese „feudale Demokratie" kennt aber noch ein ausschlaggebendes Kriterium: Der mögliche Präsident muss der NATO und v.a. der US-Administration genehm sein.

Ob nun Abdullah oder Karzai den Posten bekommt, ändern wird sich für die Bevölkerung nichts. 77% aller AfghanInnen haben keinen Zugang zu sauberem Wasser. Ein Drittel hungert. Über die Hälfte der Bevölkerung ist arbeitslos. Was Kindersterblichkeit und Tuberkulose angeht, kämpft Afghanistan um die Weltspitze. Die Frauen sind immer noch versklavt. 60% der Frauen werden noch im Kindesalter verheiratet, oft gerade 10 Jahre alt. Die Burka ist auch im Sommer 2009 der Modehit.

„Wir sind wieder wer!"

Afghanistan ist eine Neo-Kolonie. Und die BRD hat ihre eigene Besatzungszone. Durch die ruhige Lage im Norden mussten erst 33 Bundeswehrsoldaten sterben und die BRD liegt damit weit abgeschlagen auf Platz 4 des Blutzoll-Rankings. Die Bundeswehr rechnet aber für ihre Zukunft mit einem wachsenden Bedarf an Menschenmaterial, weshalb sie die Rekrutierungsmaschinerie an Schulen, Berufsmessen und Arbeitsämtern heiß laufen lässt. Vor allem Jungs ohne wirkliche Zukunftsperspektive, in erster Linie aus den Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland, werden als Kanonenfutter angeworben.

Der Global Player

Der Krieg „macht uns zu einem Spieler in einer Region, die nicht nur als Energie- und Transportkorridor heftig umworben wird, sondern auch eine wichtige Brückenfunktion hat: in den Nahen und Mittleren Osten oder hin zum Kaspischen Meer", weiß Außenminister Frank-Walter Steinmeier. Deutschland ist „Global Player" mit Ambitionen.

Neben der geostrategischen Position und der Steigerung der Bedeutung des deutschen Imperialismus, gibt es außerdem das Geschäft mit dem „Wiederaufbau". So hat die afghanische „Regierung" einen deutschen „Berater" (bzw. Kommandanten) für Wirtschaft an der Seite. Deshalb kann es z.B. dazu kommen, dass nicht ein chinesisches Unternehmen das Mobilfunknetz aufbaut sondern Siemens – für viel mehr Geld, versteht sich. Afghanische Unternehmen können zu 100% gekauft werden, Gewinne zu 100% ausgeführt werden. Über Steuern brauchen InvestitorInnen mit der „Regierung" erst nach vier bis acht Jahren reden.

Die KolonialistInnen achten schön darauf, dass die Hilfsgelder/Entwicklungsgelder als „gebundene Hilfe" in die Taschen der eigenen Unternehmen fließen, Güter und auch Arbeitskräfte des Geber-Staates importiert werden.

Der Kolonialismus

In Deutsch-Nordafghanistan arbeiten zwei PRTs (Provincial Reconstruction Teams), Organe zur Koordinierung und Sicherung der „zivil-militärischen Aktivitäten". Was uns hierzulande von unseren Herrschenden als Beweis für den humanitären Charakter des westlichen, deutschen Wesens präsentiert wird, ist jedoch nichts als neokoloniale Politik. Deutsche Ministerien und politische Stiftungen sorgen für die Ausbildung einer handzahmen Elite und für genehme Medien. Wenn deutsche PolizistInnen Hilfstruppen, „afghanische Askaris", ausbilden, ist das gewiss kein Fortschritt.

Auch wird humanitäre Hilfe an Kollaboration mit den Kolonialtruppen geknüpft (wer Imperialismus nicht mag, braucht auch nichts essen!). Hilfsorganisationen sind Teil des Besatzungsregimes und das macht sie zur Zielscheibe des Widerstands (der entgegen den Lügen unserer PolitikerInnen sehr vielfältig ist).

Das Problem ist nicht, dass nur zu wenig Geld für humanitäre Hilfe ausgegeben wird. Das Problem ist das Besatzungsregime selbst. Denn weil in Afghanistan das Besatzungsregime imperialistische Interessen durchsetzt, kann es für die Probleme der AfghanInnen keine Lösung geben. Die Bitte nach mehr ziviler Hilfe ignoriert, dass diese Hilfe ein zentrales Mittel zur Durchsetzung von deutschen Kapitalinteressen ist. Nur ein Kampf in Deutschland und Afghanistan für den sofortigen Abzug aller Truppen bietet den AfghanInnen die Möglichkeit, sich gegen die imperialistische Ausplünderung und kapitalistische Unterdrückung im eigenen Land zur Wehr zu setzen.

→ *von Jalava, Revo Kiel*

Deutscher Soldat in Afghanistan: „Kann ich vielleicht jemandem beim Brunnenbau helfen?"

Woher kommt der Wahlkampf-Sexismus?

Wenn mensch den derzeitigen Wahlkampf betrachtet, sieht mensch nichts grundsätzlich Neues. Wieder wird mit altbekannten Sprüchen nach mehr Gerechtigkeit und mehr Arbeitsplätzen geworben, die wieder nicht eingehalten werden, weil nach der Wahl angeblich doch das Geld fehlt. Was wir auch auf den Wahlplakaten geboten kriegen sind Frauenärsche – nackt oder auch nicht –, auf jeden Fall tiefe Einblicke, die uns von den Plakaten ins Gesicht springen sollen. Wohl ganz nach dem Motto: Politik kann sexy sein.

Nun gut. Ziel dieser Plakate ist es, Aufmerksamkeit zu erzeugen. Dieses war am Beispiel der CDU-Bundestagsabgeordneten Vera Lengsfeld auch erfolgreich, die mit dem Slogan „CDU – Wir haben mehr zu bieten", plakatiert. Abgebildet ist Bundeskanzlerin Merkel nebst Lengsfeld und beide sind mit tiefem Dekolleté zu bestaunen.

Das zeigt deutlich, dass mensch die Parteien inhaltlich kaum noch unterscheiden kann. In einem Wahlkampf in der größten Wirtschaftskrise seit 80 Jahren, greifen die Parteien zu Sexismus, um irgendwie auf sich aufmerksam zu machen. Schließlich erzählen sie ja sonst alle dasselbe.

Was die Wahlplakate deutlich zeigen, ist, dass – obwohl wir eine Frau als Kanzlerin haben – die Gesellschaft weiterhin vom Sexismus geprägt ist. Auch die Konsumwerbung ist gefüllt von erotischen Männerphantasien, sogar für alltägliche Lebensmittel. Hier fungieren Frauen als Lustobjekte, die zum Kauf animieren sollen. Der Sexismus in Werbung und Gesellschaft reproduziert die Unterdrückung von Frauen im Alltag.

Allerdings sollte mensch nicht vergessen, dass Frauen nicht nur in der Werbung degradiert werden, sondern auch gesamtgesellschaftlich diskriminiert sind. Nach wie vor verdienen Frauen für die gleiche Arbeit deutlich weniger als Männer. Nach wie vor sind sie in den Führungsetagen der politischen Institutionen und vor allem der Unternehmen die absolute Minderheit. Zwar hat die ArbeiterInnenbewegung wichtige Freiheiten, wie das Frauenwahlrecht, erkämpft. Aber an der gesellschaftlichen Ungleichheit ändert dies nichts.

Diese ist schließlich Teil des kapitalistischen Systems. Die herrschende Klasse hat gar kein Interesse daran, sexistische Strukturen zu überwinden. Sie interessiert, dass irgendwer dafür sorgt, dass die Arbeitskraft unentgeltlich (also durch unbezahlte Hausarbeit) reproduziert wird. In dieser Gesellschaft machen das vor allem Frauen: sie machen bis zu 90% der Hausarbeit. Auch wenn es Sexismus deutlich länger gibt als Kapitalismus, so haben die KapitalistInnen diesen Unterdrückungsmechanismus trotzdem integriert. Die herrschende Klasse ist von sexistischer Ungleichheit abhängig.

Zusätzlich ist für die Herrschenden die Trennung nach Geschlechtern ein Machtinstrument, um die Kampfkraft der ArbeiterInnenklasse zu drücken. Nicht umsonst werden Frauen immer wieder dazu eingesetzt, um Löhne von allen ArbeiterInnen möglichst niedrig zu halten.

Alle Versuche, diese Probleme innerhalb des Kapitalismus zu überwinden, wie es die SPD, die Linkspartei oder die Grünen versprechen, müssen an den Interessen der Herrschenden scheitern. Nur die Verbindung von Kämpfen gegen Frauenunterdrückung mit den Kämpfen gegen kapitalistische Ausbeutung sind dazu in der Lage, sexistische Strukturen wirklich zu überwinden. Nur wer gegen das Kapital kämpft kann auch das Patriachat zerschlagen.

→ *von Susann, Revo Berlin*

Ist die Krise jetzt vorbei?

In der BRD stehen Massenentlassungen und Kürzungen an – was bieten die Parteien dagegen an?

„Die Krise ist vorbei" – das sind Sätze, wie sie bis vor einigen Monaten wohl niemand in den Mund genommen hätte. Doch seitdem manche Aktienkurse wieder ansteigen und auch einige andere Wirtschaftsdaten langsam wieder ins Positive drehen, scheint die Stimmung schlagartig zu kippen.

Tatsächlich ist die Wirtschaftsleistung der BRD im letzten Quartal erstmals wieder gewachsen – allerdings nur um 0,3%, während die Bilanz für das gesamte Jahr bei minus 5 oder 6% liegt – und die Statistik der Auftragseingänge in der Industrie zeigt auch ein leichtes Plus.

Als Folge klopfen sich die PolitikerInnen jetzt gegenseitig auf die Schultern und gratulieren sich zu ihrem entschlossenen und erfolgreichen Handeln. Vor allem die Abwrackprämie – offiziell Umweltprämie genannt – soll beweisen, wie gut die Bevölkerung von der Politik durch die Krise geführt wurde. Nebenbei werden auch die Gewerkschaften von Angela Merkel gelobt, sie hätten sich in der Krise sehr „verantwortungsbewusst verhalten" – konkret heißt das, sie haben Massenentlassungen und Lohnkürzungen hingenommen und dabei rein symbolische Proteste dagegen organisiert.

Für die breite Bevölkerung kommt die wirkliche Krise erst noch, auch wenn die meisten PolitikerInnen und Medien das verheimlichen wollen. Im kommenden Winter werden die Arbeitslosenzahlen aller Voraussicht nach drastisch ansteigen, weil das Kurzarbeitergeld bald ausläuft und viele ArbeiterInnen, die jetzt Kurzarbeit machen, danach auf die Straße gesetzt werden. Keine der Parteien will vor der Wahl zugeben, dass aufgrund der Krise wieder drastisch eingespart werden wird. Deswegen gab es Absprachen zwischen den KapitalistInnen und ihrer Regierung, die große Entlassungswellen auf die Zeit nach der Bundestagswahl zu verschieben.

Kürzungen sind aus Sicht der herrschenden Klasse und ihrer PolitikerInnen nicht zu umgehen, denn die enormen Schulden, die für die Rettung von Banken und Konzernen angehäuft wurden, müssen schließlich zurückgezahlt werden. Um die Löcher im Haushalt zu stopfen, werden aber wohl kaum die KapitalistInnen herhalten müssen, sondern wie so oft in den letzten Jahren werden Sozialleistungen gekürzt oder ganz gestrichen, an der Bildung gespart und öffentliche Unternehmen privatisiert. Außerdem ist wieder eine Erhöhung der Mehrwertsteuer im Gespräch, was vor allem Gering- und MittelverdienerInnen treffen würde.

Die Armut steigt an

Die KapitalistInnen wollen die Kosten der Krise auf die ArbeiterInnen abgewälzen. Als Folge wird die Armut in der BRD weiter ansteigen, weil Arbeitsplätze vernichtet und prekäre Beschäftigungsverhältnisse weiter ausgebaut werden.

All diese Dinge werden, ganz unabhängig davon, ob die Krise jetzt überwunden ist oder nicht, auf die arbeitende Bevölkerung zukommen. Und dabei steht noch nicht einmal fest, dass die Krise ihren Tiefpunkt wirklich erreicht hat. So streiten sich KonjunkturforscherInnen weltweit darüber, wie die Weltwirtschaft sich in den nächsten Jahren entwickeln wird. Sie benennen ihre Modelle nach Buchstaben, je nach Verlauf der Konjunkturkurve: Die einen halten eine „V-Entwicklung" (also eine rasche Erholung) für das Wahrscheinlichste, die anderen sehen eine „L-Entwicklung" (also eine längere Stagnation) kommen.

Manche Parteien, vor allem die Grünen, sehen einen Ausweg aus der Krise durch einen „ökologischen Umbau der Wirtschaft" oder Ähnliches. Dabei müsste klar sein, dass ein System, das auf Profitmaximierung basiert, immer die längerfristigen Interessen des Planeten (und der Menschen auf ihm) den kurzfristigen Zwängen des Marktes opfern muss.

Ihre Krise und unsere

Fest steht jedenfalls, dass das Ausrufen des Endes der Krise verfrüht ist. Dass, während immer mehr Menschen weltweit in große soziale Not kommen, einige Finanzkonzerne an der Börse wieder Milliardengewinne verkünden, wird dann auch noch als gutes Zeichen gewertet.

Aber unsere Krise fing schon vor Jahren an, schon vor dem Crash an den Finanzmärkten. Wir spüren diese Krise in Form von stagnierenden Löhnen, längeren Arbeitszeiten, Mangel an LehrerInnen, überfüllten Klassen usw. usf. Die KapitalistInnen werden ihre Krise nur lösen können, wenn sie uns die Rechnung dafür auftischen. Die Frage ist, ob wir diese Rechnung bezahlen wollen, um dieses System durch weitere Verschlechterungen am Leben zu halten, oder ob wir doch lieber selbst die Kontrolle übernehmen wollen.

Wenn Unternehmen sagen, dass sie Löhne kürzen und ArbeiterInnen entlassen müssen, dann fordern wir die Öffnung der Geschäftsbücher aus den letzten Jahren. Wenn die KapitalistInnen sagen, dass sie Fabriken dichtmachen und Belegschaften auf die Straße werfen müssen, dann müssen wir die Produktion selbst übernehmen.

Klingt das unrealistisch? Es gibt in der heutigen Welt Beispiele, wie ArbeiterInnen ihre Kontrolle durchsetzen (siehe Kasten zu Zanon). Und eine solche Perspektive ist auf jeden Fall realistischer als zu hoffen, dass die etablierten Parteien unsere Probleme lösen.

→ *von Felix, Revo Berlin*

Zanon gehört den ArbeiterInnen!

Vor acht Jahren wurde die Keramikfabrik Zanon in der argentinischen Stadt Neuquén von der Belegschaft besetzt, um die Schliessung des Werkes zu verhindern. Seit März 2002 produzieren die Zanon-ArbeiterInnen unter Eigenregie: sie verwalten die Fabrik durch demokratische Versammlungen.

Am 12. August dieses Jahres wurde die Fabrik enteignet und der GenossInnenschaft „FaSinPat" übertragen. Dieses Beispiel zeigt, dass ArbeiterInnen, denen in Folge der Krise Entlassungen drohen, sich sehr wohl wehren können: mit Besetzungen und ArbeiterInnenkontrolle!

→ *auf unserer Website gibt es ein Statement zur Enteignung von Zanon und ein Interview mit dem Zanon-Arbeiter Raul Godoy: **www.revolution.de.com***



Statt Wahlkampf – Klassenkampf!

Ein Programm, das wir nicht wählen, sondern nur selbst ausführen können

Es stellt sich die Frage, wie ein politisches Program aussehen könnte, das nicht nur versucht, am maroden kapitalistischen System herumzubasteln sondern es zu überwinden. Die **radikale Linke** hat eine starke Tendenz dazu, sich entweder opportunistisch an populäre Forderungen anzuhängen und dabei die eigene revolutionäre Perspektive fallen zu lassen oder sich zu Gunsten von ideologischer „Reinheit" von Kämpfen fernzuhalten, die nicht auf eine sofortige Überwindung des kapitalistischen Systems zielen und in erster Linie tagesaktuelle Forderungen zum Inhalt haben.

Während die erste Variante schon oft zur Selbstauflösung im herrschenden System geführt hat, versandeten die Gruppierungen der zweiten Gattung schon oft in gesamtgesellschaftlicher Isolation. Für uns ist es daher entscheidend, einen programmatischen Weg zu finden, der **Kämpfe im Hier und Jetzt** mit einer weitergehenden, revolutionären Perspektive verbindet.

Kernstück **unserer Programmatik** muss das Streben nach einer massiven Mobilisierung der im Kapitalismus unterdrückten Bevölkerungsgruppen sein. Die Rede ist davon, dass die ArbeiterInnenklasse sich mobilisiert, weil sie ein materielles Interesse hat, das System von Ausbeutung, Krise und Krieg – den Kapitalismus – endgültig auf den Abfallhaufen der Geschichte zu werfen.

Die KapitalistInnen versuchen, die Kosten der **Krise ihres Systems** auf die ArbeiterInnen abzuwälzen. Doch Lohnkürzungen oder Entlassungen dürfen wir nicht akzeptieren. Betriebe, die geschlossen werden sollen, müssen besetzt werden.

Demokratische Strukturen wie Streikkomitees müssen die Proteste **von unten kontrollieren** – aber sie können auch ausgebaut werden, damit sie die Produktion in Eigenregie aufnehmen können. Das kann den Kern für eine Neuorganisierung des Produktionsprozesses auf einer rätedemokratischen Grundlage schaffen. Generalstreiks müssen dabei als politisches Machtmittel eingesetzt werden – und zwar gegen den Willen der Gewerkschaftsbürokratie, die in erster Linie für soziale Ruhe sorgen will.

Auch andere in dieser Gesellschaft **benachteiligte Bevölkerungsgruppen** (Frauen, MigrantInnen, Jugendliche etc.), die oft gleich mehreren Unterdrückungsverhältnissen gegenüber stehen, müssen für diesen Kampf gewonnen werden, denn auch ihre Befreiung hängt vom Sieg über den Kapitalismus ab. Schon auf der Schule und in den Universitäten müssen Besetzungen, Blockaden und Streiks zum Einsatz kommen, damit Abwehrkämpfe gegen Kürzungs- und Privatisierungsprojekte im Bildungsbereich gewonnen werden können. Zentral dafür ist, dass diese Jugendproteste sich mit der ArbeiterInnenbewegung verbinden.

Bereits jetzt gegen den Kapitalismus erkämpfte soziale und demokratische **Rechte müssen verteidigt** und ausgeweitet werden. Die Einführung von Mindestlöhnen gehört genauso dazu wie die Abwehr von Überwachungsgesetzen wie der Vorratsdatenspeicherung von Kommunikationsdaten oder das massenhafte Sammeln biometrischer Daten der Menschen durch den Staat.

Damit eng verbunden ist auch die **Frage der Gewalthoheit** des kapitalistischen Staates insgesamt. Die BRD lässt keine Gelegenheit aus, um ihre Interessen nach Innen und nach Außen mit aller Macht durchzusetzen. Ob Bundeswehrkrieg in Afghanistan oder Kriminalisierung von linken AktivistInnen hier – dagegen muss Widerstand geleistet werden und perspektivisch Selbstschutzstrukturen aufgebaut werden, mit denen ArbeiterInnen, MigrantInnen, linke Jugendliche und andere sich vor staatlichen, privaten oder faschistischen Terrorbanden schützen können.

Das Ziel kann nicht sein, eine neue Regierung für den bestehenden Staat zu bilden. Der bürgerliche Staat muss zerschlagen und durch Rätestrukturen der ArbeiterInnenklasse ersetzt werden.

Der Kapitalismus ist ein globales System. Er unterdrückt überall auf der Welt Menschen, damit ein paar Wenige reich werden. Eine Organisation, die sich zum Ziel setzt, das kapitalistische **Ausbeutungssystem zu überwinden**, braucht daher auch eine starke internationalistische Ausrichtung. Sie muss Partei für die Befreiungsbewegungen in den unterdrückten Ländern ergreifen (auch wenn sie ihre Praxis und Ideologie überprüft und kritisiert). Sie muss international aufgebaut werden. Sie muss eine unerbittliche Stimme des Kampfes für das Ende von Ausbeutung und Unterdrückung sein. Für die Befreiung der Frau, für die Emanzipation der Jugend, für den Sturz des Kapitalismus!

Was ist REVOLUTION?

Du hältst gerade die Zeitung der unabhängigen Jugendorganisation **REVOLUTION** in der Hand. Wir sind eine Gruppe von Jugendlichen, die sich über nationale Grenzen hinweg zusammengeschlossen haben, um für die Perspektive einer befreiten Gesellschaft einzutreten: eine Gesellschaft, die sich befreit hat, von Arbeitshetze und Armut, von Krieg und Umweltzerstörung, von Rassismus und Frauenunterdrückung genauso wie von der Entrechung der Jugend.

Wir sind eine unabhängige Jugendorganisation, weil wir glauben, dass junge AktivistInnen selbst Verantwortung übernehmen müssen. Doch uns ist klar, dass Jugendproteste sich mit Kämpfen der ArbeiterInnenklasse verbinden müssen, um erfolgreich zu sein. In diesem Sinn haben wir z.B. beim bundesweiten Bildungsstreik mitgearbeitet. Wenn Du mehr wissen oder bei uns mitmachen willst, schick uns eine Email!

Revolutionäre Termine

- ★ **12. September: „Freiheit statt Angst", Demo gegen Überwachung, 15 Uhr, Potsdamer Platz, Berlin**
- ★ **17. September: bundesweiter Aktionstag unter dem Motto: „Wir zahlen nicht für eure Krise!"**
- ★ **19. September: Veranstaltungen von Revo zur Bundestagswahl in Kiel, Dresden und Rostock ***
- ★ **23. September: Podiumsdiskussion von Revo zur Bundestagswahl in Berlin ***
- ★ **2.-4. Oktober: „Make Capitalism History"-Kongress, FU Berlin**

*** mehr Infos auf unserer Homepage**

Kontakt zu Revo

berlin@revolution.de.com
fu@revolution.de.com
bremen@revolution.de.com
dresden@revolution.de.com
kiel@revolution.de.com

ViSdP: R. Müller, Hamburg

Revocamp'09



Während meine ganzen AtzInnen ihre Sommerferien mit Feiern am Plattensee in Ungarn verbrachten, folgten wir dem Aufruf „Yes We Camp" und machten uns auf den Weg nach Liberec in Tschechien, zum REVOCAMP 2009. Dort wurde auch zwar getrunken und wenig geschlafen, jedoch war mensch nicht gezwungen, die ganze Nacht durchzutanzen. Denn wir ließen das Gehirn nicht bei 30 Grad von der Sonne wegschmelzen, sondern strengten die grauen Zellen bei den zahlreichen und mindestens genauso heißen Diskussionen an. Hinterher hatte mensch sogar das Gefühl, etwas Sinnvolles getan zu haben.

Denn beim Camp, das schon zum siebten Mal in Tschechien veranstaltet wurde, waren ca. 50 junge AktivistInnen aus verschiedenen europäischen Ländern und auch den USA. Die Themen waren entsprechend vielfältig, von Einführungen in den Marxismus bis Debatten über Frankreich, Kuba, den Iran usw.

Also vergesst den Partymarathon in Osteuropa und fahrt mit uns nächstes Jahr zum Revocamp. Denn: Wenn die Jugend und die Alten, die Atzen und Proleten statt der Lügen eurer Medien nur die Klassenschranken sehen, und zusammen ins Revocamp gehen, dann erwartet euch eins, nämlich REVOLUTION!

➟ *von **Alina**, Revo Berlin (neunte Klasse und zum ersten Mal beim Revocamp)*

➟ *weitere Berichte und Bilder gibt es auf: **www.revolution.de.com**; oder auf: **www.flickr.com**/photos/revocamp*

Artikel | Diskussion | Seite Bearbeiten | Version/AutorInnen

Bürgerliche Demokratie

Nirgendwo auf der Welt geht eine Wahl vonstatten ohne dass in den Medien der Segen der **Demokratie** beschworen wird. Gerade in von Kriegen gebeutelten Ländern wird es regelmäßig als ein Erfolg beschrieben, dass endlich Wahlen stattfinden konnten, auch wenn massive Wahlfälschungen an der Tagesordnung waren. Auch in „etablierten" Demokratien wie der BRD sorgt jede Wahl für gefühlsduselige Kommentarspalten über den in diesen Wahlen zum Ausdruck gekommenen „Willen des Volkes". Aber was macht die Demokratie, in der wir leben, überhaupt aus, und was hat es dabei mit dem „Willen des Volkes" auf sich?

Seit der Antike gibt es Systeme, die sich als „demokratisch" bezeichnen. Oft werden heute Parallelen zu älteren „demokratischen" Systemen gezogen, um die Vor- oder Nachteile unserer Demokratie zu beschreiben. Vergessen wird dabei aber vor allem Eines: Es mag zwar bestimmte formale Gemeinsamkeiten zwischen den antiken und heutigen Systemen geben, aber die die Gesellschaft strukturierenden Produktionsverhältnisse – **Sklavenhaltergesellschaft** dort, **Kapitalismus** hier – sind grundverschieden. Über unsere jetzige Situation können uns diese Vergleiche nicht viel sagen.

Historisch ging die Entwicklung der bürgerlichen Demokratie und des Kapitalismus Hand in Hand. Ohne die formal-rechtliche Freiheit und Gleichheit, die für Demokratien kennzeichnend ist, wäre die kapitalistische Konkurrenz nur schwer möglich; und ohne das aufstrebende Bürgertum, welches aufgrund ihres wirtschaftlichen Eigeninteresses diese formal-rechtlichen Garantien brauchte, hätte sich die Demokratie in Europa nicht durchsetzen können. Deswegen ist der Schutz des Privateigentums an Produktionsmitteln so eng mit der bürgerlichen Demokratie verbunden: in fast jeder demokratischen **Verfassung** ist das **Privateigentum** genauso fest verankert wie das allgemeine Wahlrecht.

1. Kapitalismus

Die Produktionsverhältnisse bedingen maßgeblich die politischen, sozialen und kulturellen Verhältnisse. Deshalb ist die formal-rechtliche Freiheit und Gleichheit der bürgerlichen Demokratie unzureichend, da sie die Sphäre der Produktion nicht miteinschließt. Diese ist gekennzeichnet durch die Spaltung in zwei Klassen: auf der einen Seite die BesitzerInnen der Produktionsmittel (KapitalistInnen), auf der anderen Seite diejenigen, die außer ihrer Arbeitskraft nichts besitzen und sie deshalb zu verkaufen gezwungen sind (ArbeiterInnen). Die bürgerliche Demokratie mit ihrer formalen Trennung von Politik und Wirtschaft verneint explizit, dass es eine demokratische Gestaltung der Produktion geben kann. Und so ist diese bürgerliche Freiheit für die Mehrheit der Menschen in Wahrheit die Freiheit, nichts zu besitzen und zu wählen, ob mensch lieber für einen Kapitalisten arbeiten geht oder in Armut versinkt.

2. Staat

Der bürgerliche Staat ist immer ein Klassenstaat, der die Interessen der KapitalistInnenklasse als Ganze zu vertreten versucht. Dabei muss er sich zwar immer wieder gegen einzelne Kapitalfraktionen durchsetzen, tut dies aber im Interesse der Aufrechterhaltung der



REVOPEDIA

Produktionsverhältnisse, also der Spaltung in KapitalistInnen und ArbeiterInnen. Die bürgerliche Demokratie gibt den Unterdrückten die Illusion, gar nicht unterdrückt zu sein.Sie funktioniert als ein Mantel, der die unterdrückerischen Elemente des Systems verdecken soll, die uns heute „nur" im Instrument der Polizei und des **Militärs** entgegentreten, im schlimmsten Fall aber auch in **Faschismus** umschlagen können.

Bei Wahlen zeigt sich immer wieder, dass der angebliche „Wille des Volkes" eigentlich nur der Wille der einen oder anderen Fraktion der herrschenden Klasse ist. Gerade in „jungen" Demokratien werden Wahlergebnisse immer wieder „korrigiert", wenn sie nicht im Interesse der stärksten Kapitalfraktionen sind. Aber auch in der BRD sind Wahlen eine Farce: unsere gesellschaftliche Mitbestimmung beschränkt sich darauf, einmal alle vier Jahre ein Kreuz zu setzen. Wir können diejenigen, die innerhalb dieser Zeit tun, was sie wollen, nicht einmal zur Rechenschaft ziehen! Die kapitalistische **Bürokratie** bleibt bestehen, auch wenn Regierungen wechseln.

Das heißt nicht, dass Wahlen bedeutungslos sind: einerseits offenbaren sie Bruchstellen zwischen den Kapitalfraktionen, die es für konkrete Verbesserungen im Hier und Jetzt auszunutzen gilt, und andererseits kann das Parlament für eine starke ArbeiterInnenpartei eine Bühne darstellen, um ihre Ideen zu verbreiten. Zu guter Letzt können RevolutionärInnen Wahlen nutzen, reformistische Parteien dazu zu zwingen, ihre Aussagen unter Beweis zu stellen.

3. Rätedemokratie

Eine wirkliche Demokratie muss alle Bereiche des Lebens umfassen, insbesondere die Sphäre der Produktion. Nur wenn die ArbeiterInnen selbstverwaltet entscheiden, was und wie viel produziert wird, können die Bedürfnisse der Menschen abseits von Profitgier erfüllt werden. In einer **Rätedemokratie** würde es in allen Betrieben ArbeiterInnenräte geben, die über die Abläufe in ihrem Betrieb demokratisch abstimmen. Gemeinsam mit anderen Räten würde ein demokratischer Wirtschaftsplan aufgestellt werden.

In einer Massendemokratie ist es logistisch nicht möglich, alle Menschen an allen Entscheidungen direkt teilhaben zu lassen. Deshalb würden die einzelnen Räte Delegierte wählen, die sich auf höheren Ebenen miteinander koordinieren und Entscheidungen treffen. Wichtig dabei ist, dass jedeR Delegierte jederzeit seinem Rat rechenschaftspflichtig ist und jederzeit abgewählt und ersetzt werden kann. Nur so ist demokratische Kontrolle möglich.

Diese Rätedemokratie kann nicht von heute auf morgen eingeführt werden, sondern muss im Prozess einer sozialistischen Revolution wachsen. Aber erste Ansätze für diese Räte findet man schon heute: in Streikkomitees, Stadtteilkomitees, und selbstverwalteten Jugendstrukturen.

➟ *von **Stefan**, Revo Freie Universität Berlin*